



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1912

66 (8.2.1912) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-151119](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-151119)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postauschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Beile 25 Pfg. für amtliche und auswärtige Inserate. . . . 30 Pfg. Reklame-Beile 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung 541 Redaktion 377 Exped. u. Verlagsbuchhlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagblatt morgens 9 Uhr für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung, Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 66.

Donnerstag, 8. Februar 1912.

(Abendblatt.)

Frankreich.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Der Prozeß Caillaux im Senat. — Die französisch-spanischen Unterhandlungen. — Die französisch-italienischen Beziehungen. Die Wahlreform.

R.K. Paris, 7. Febr.

Im Senat setzt sich das Interdiktum gegen den deutsch-französischen Vertrag fort. Die ganze Rechte wie gegen diesen stimmen und die reaktionäre Presse leistet sich ein Abtrünniges, indem sie den Senat als hohen Gerichtshof bezeichnet, der den Fall als Hochverrat behandelt. An großen Worten und niedrigen Mitteln mangelt es der reaktionären Presse bekanntlich nie. Darf man sich dann verwundern, wenn sie auch diesmal auf die unverwundliche Dreifußsäule hinweist, allerdings um zu erklären, daß der gegenwärtige Fall ein umso schwerer sei, als der „Schuldige“ nicht ein einfacher Hauptmann, sondern ein Ministerpräsident ist, und was Deutschland überliefert worden, nicht ein Geheimnis der nationalen Verteidigung, sondern die Nation selbst sei. Trotz des unendlich langen Sündenregisters seines Autors wird der deutsch-französische Vertrag dennoch vom Senat mit übergroßer Majorität votiert werden und man fragt sich daher vergeblich, welchem Zweck die fortgesetzten Beschuldigungen eines Abwesenden dienen sollen. Abgesehen von der formellen Abweisung der gegen ihn gerichteten Anschuldigungen Inbegriff auf heimliche finanzielle Konventionen mit offiziellen deutschen Reichshändlern, hat Caillaux auch einem Vertreter der „Action“ gegenüber erklärt, daß er den vom Senator Jouveur gemachten Andeutungen durchaus fern stehe, vorderhand aber dem in der Agence Havas veröffentlichten formellen Dementi nichts hinzufügen wolle. Wenn etwas in der gegenwärtigen Debatte mit peinlich ist, habe Caillaux erklärt, so ist es das Schauspiel der Jagd, das Männer, welche durch zehn Jahre einander in der Leitung der äußeren Angelegenheiten des Landes gefolgt sind, nunmehr bieten.

Gegenüber der sonderbaren Haltung des Senats, macht sich jedoch nach und nach eine immer präzisere Anerkennung der Leistung Caillaux in der liberalen Presse Bahn. Und heute finden sich Stimmen, die frei und frei für Caillaux eintreten. So sagt Maxime Baillaume in der „Aurore“: Die gegen den früheren Ministerpräsidenten gerichtete Beschuldigung ruht auf recht fragwürdiger Basis oder vielmehr sie enthält vollständig einer solchen. Man hat nämlich dieser Anschuldigungen auf einen Ausspruch Haussonvilles hingewiesen, der besagt, daß man auf jene, denen man die Ehre zuteil werden läßt im Namen Frankreichs zu unterhandeln, nicht einen Schatten des Verdachts werfen soll. Dieser Rat wäre besser befolgt worden. Caillaux Regierung hat mit Deutschland einen Vertrag verhandelt, der dem Lande durchaus zur Ehre gereicht und seine Interessen wahrt. Der „Abical“ erklärt, nachdem er Caillaux gegen den Vorwurf der Ingenienz in die laufenden Unterhandlungen in Schutz genommen: Wenn der frühere Ministerpräsident hätte aus eigenem Antriebe Deutschland zu vorteilhafteren Vorschlägen machen wollen, so wäre wohl anzunehmen, daß man sich jenseits

des Rheins bereit hätte, diese zu akzeptieren, anstatt eines Vertrages, der die deutsche Meinung nicht befriedigt hat. Die „Action“ fährt aus: Wenn die Vertreter der senatorialen Mächte sich darin gefallen, durch eine Serie mehr oder weniger angebrachter Prozeduren die äußere Politik des Regimes anzugreifen, so sind sie in ihrer Rolle; was aber kann die Republikaner des hohen Hauses veranlassen, welche patriotisches oder auch nur parteiliches Interesse bewegt sie, den Ministerpräsidenten zu diskreditieren, der als erster es versucht hat, Frankreich das Protektorat über Marokko zu sichern? „Petite République“, „L'Evenement“ und andere freisinnige Blätter schließen sich der Verteidigung Caillaux an. Die Senatsdebatten dürften morgen, Donnerstag, ihren Abschluß finden, und der Vertrag wird trotz aller Manöver, die sich durchaus Luft machen mußte, votiert werden. (Die Herren Senatoren sollen es aber dann dem unbefangenen Zuschauer nicht abel nehmen, wenn dieser am Schlußakt des historischen Schauspiels — Ende gut, alles gut — ein sardonisches Lächeln nicht unterdrücken kann.)

Ist der Vertrag einmal votiert, steht dem energischen Vorgehen der französisch-spanischen Bourgeoisie nichts mehr im Wege. Sobald der französische Gesandte, M. Geoffroy, der infolge einer Leberaffektion noch in Paris zurückgehalten ist, auf seinen Posten in Madrid zurückgekehrt sein wird, sollen die unterbrochenen Unterhandlungen unverzüglich wieder aufgenommen werden. Man gibt sich hier keiner Täuschung hin: die Pourparlers dürften wohl langwierig und beschwerlich sein. Ministerpräsident Poincaré will alles daran setzen, eine nach allen Seiten hin günstige Lösung so rasch als nur möglich zu bewerkstelligen, um sobald die Vorbereitungen des Protektorates eingeleitet. Bekanntlich assistiert bei den Verhandlungen in Madrid auch der Vertreter Englands, der in dieser Vermittlerrolle eben ganz die Rebenegenschaft des Freundes Frankreichs zu vergessen scheint und immer mit der Miene des Protektors des Schiedsrichters, es zu verhindern sucht, daß sich eine Großmacht wie Frankreich an der afrikanischen Nordküste des atlantischen Ozeans besitzigt und so die englische Protektion daselbst gefährdet. Spaniens Unbegünstigkeit ist angesichts dieses Schachzuges britischer Diplomatie nur zu gut begreiflich. Frankreich aber ist jetzt Gelegenheit gegeben, die Resultate der französisch-englischen Entente im stillen anzuschauen — und die Lehre daraus zu ziehen.

Auch der Herzog und mit Italien wird auf eine harte Probe gestellt, die kaum bestanden werden dürfte. Solange man hier glauben konnte, Italien dem Dreieck untreu machen zu können, ließ man es an lodenden Strohengängen nicht fehlen; doch heute, wo Italiens öffentliche Meinung sich der Regierungspolitik, die stets für die Erneuerung des Dreieckes eingetreten ist, anzuschließen scheint, hat die Massenmeinung aufgehört die sentimentale Wirkung zu üben und den gegenseitigen offiziellen Freundschaftsver Versicherungen folgen gegenseitige Vorwürfe auf dem Fuße. Obgleich der letzte Zwischenfall von Godeida ein offizielles Dementi erfahren, hat sich die Mißstimmung im französischen Volke — und man darf wohl sagen: auch in den maßgebenden Kreisen — über die Schiffsvorfälle des „Karthago“, „Manouta“ und des „Tavignano“ nicht gemildert; auch die Efferdeszenz in Tunis trägt dazu bei, das italienische Element hier unbeliebt zu machen; ja, sagen wir es gerade heraus: unbeliebt ist das richtige Wort! Die schlechte Laune der Italiener gegenüber den Franzosen wird hier übrigens auch noch mit dem Umstande erklärt, daß eine seinerzeitige leise Kreditanfrage nicht das gewünschte Echo gefunden.

Neben diesen Problemen der äußeren Politik und vielleicht noch mehr als diese, beschäftigt die Franzosen die Frage der Wahlreform, die heute mehr denn je eine Frage ist, da die Chancen der Proportionalwahl durch Vertroterung des Aufzuges des Kommissionsmitgliedes Painlevé, der den Beisatz der Konstitutionsgruppe bestehend aus 16 Mitgliedern der Kommission, sowie der Regierung besaß, von der Kammer verworfen wurde. Der, hierauf von Jaurès eingebrachte Antrag, der die Gruppierung der Departements nach Regionen einteilt, zum Zwecke der Sammlung von, im ersten Wahlgang nicht zureichenden Mandaten, wird morgen der Kammer vorgelegt werden, mit, wie allgemein angenommen wird, wenig Aussicht auf Erfolg.

Zum Fall Wittum.

Die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der nationalliberalen Fraktion der 2. Kammer mit dem Geschäftsführenden Ausschuss der nationalliberalen Partei Badens und der Vertretung des badischen Jungliberalen Landesverbandes wurde die Angelegenheit des Reichstagsabgeordneten Wittum besprochen und einer Prüfung unterzogen. Die Beratung führte zu folgender Erklärung:

In der öffentlichen Sitzung der 2. Kammer vom 1. d. M. ist behauptet worden, daß sich Herr Wittum in Pforzheim persönlich mit der Witte um Unterstützung seiner Kandidatur an einen Vertrauensmann des Zentrums gewandt habe.

Die Herr Wittum in seiner Erklärung vom 6. d. M. im „Pforzheimer Anzeiger“ mitteilt, hat er diesen Schritt getan, und zwar lediglich von sich aus, ohne die örtliche Parteileitung, oder die Parteileitung des Landes davon in Kenntnis zu setzen.

Den Parteileitungen war der Sachverhalt bis zur Landtagsverhandlung vom 1. d. M. und der Erklärung des Herrn Wittum vom 5. d. M. völlig unbekannt.

Hätte sich Herr Wittum, was sich nach Lage der Sache empfohlen hätte, zuvor an die Parteileitung gewandt, so wäre ihm von dieser entschieden widerstanden worden.

Nachdem dies nicht geschehen ist, kann die Parteileitung nach genauer Prüfung nur ihr Bedauern über den Verlauf der Sache ausdrücken.

Die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“ fügt dieser Erklärung nachfolgende

parteiöffentliche Ausrufung

an: Die Erwägung über den „Fall Wittum“, die in der Donnerstag-Sitzung der zweiten badischen Kammer durch die Bekanntgabe eines Briefes des Abg. Wittum an einen Vertrauensmann des Zentrums ihren Höhepunkt erreichte, scheint heute in allen Lagern einer mehr objektiven und ruhigen Beurteilung gemessen zu sein. Diese ruhigere Auffassung der Lage ist im Interesse der ganzen

Genilleton.

Studien vor der Lichtbildbühne.

Als in diesen Tagen das Gerücht ging, daß die Berliner Komische Oper in ein Kinematographentheater umgewandelt werden sollte, ist verschiedentlich auf die Gefahren hingewiesen worden, die den Bühnen durch diese jüngste moderne Schwester erwachsen. Der Zug der Zeit führt die großen Massen aus den Theatern immer mehr in die Kinematographie, denn sie finden hier für billige Preise ein reichliches, das Sensationsbedürfnis mehr befriedigendes Programm.

Den eigenartigen Stil nun, der sich in der Filmproduktion bestimmter Länder entwickelt hat und der ein gutes Spiegelbild für den Massengeschmack unserer Zeit bietet, untersucht Dr. W. Warstat in den Grenzboten einer eingehenden Betrachtung. Während sich in den in dieser Hinsicht führenden Ländern, in Frankreich, Italien, Amerika und Dänemark, eine deutlich bestimmte Eigenart im Charakter der einzelnen Filme herausgebildet hat, fehlt bei dem deutschen Habitus eine solche „persönliche Note“. Das liegt zwar in erster Reihe daran, daß die deutsche Filmindustrie noch beträchtlich hinter der ausländischen zurücksteht, die den Weltmarkt beherrscht, zum Teil aber mit daran, daß wir Deutschen wieder einmal bei uns den Schund aufnehmen, der von auswärts kommt. Dafür kann man allerdings konstatieren, daß gerade die wissenschaftliche Kinematographie, die Kinematographie mit pädagogischen Zwecken im weitesten Sinne, bei uns in großer Blüte steht, daß aber gerade diese Gattung der Kinematographie im Durchschnitt bei unseren Kinematographentheatern wenig Absatz findet, es sei denn, daß diese Filme wissenschaftlicher Richtung zufällig aus Paris kommen und als Fabrikware den fröhlichen Sohn von Dutsch leeres tragen.

Das Genre, das die Lichtbildbühne am weitesten ausgebildet hat und das in seinen verschiedensten Varianten heute die Kinematographentheater füllt, ist das sogenannte „Drama“, in dessen mannigfaltiger Ausgestaltung besonders die älteste und erfolgreichste Kinematographenindustrie, die französische, viel geleistet hat. Sie kann sich die kostspieligen, heroisch-historischen Kostümdramen leisten, bei denen ein außerordentlich großer Aufwand an reichen Gewändern und an Personal getrieben wird. Die italienische Renaissance, meist in jener schauerlich phantastischen Beleuchtung, in der sie in den Dramen Viktor Hugo's und der französischen Großen Oper erscheint, ist ein beliebtes Stoffgebiet. Dabei bereiten manche Feste und Umzüge, die gut wiedergegebenen Szenarien, prachtvolle Schiffe und ägypte Gärten dem Auge eine ästhetische Freude, aber der Inhalt steht auf der tiefsten künstlerischen Stufe. Die psychologische Verlogenheit der Handlung, die absichtliche und grobe Häufung des Krassen nach der guten und bösen Seite, die faulebilde Naturalistik kennzeichnen diese „Dramen“ als Erzeugnisse desselben Geschmacks, der in der Schundliteratur tätig ist; man schreie hier vor der naturalistischen Wiedergabe einer Dichtungshöhe im Notfalle nicht zurück und ist sehr geneigt, nicht nur dem Gewaltverbrecher, sondern auch dem stillen Verbrecher das Mäntelchen der Romantik als Auszug umzuhängen.

Die Nebenunterhaltung von Schundliteratur und Kinematographischer Schunddramatik bietet überhaupt viele Vergleichspunkte; sie läßt sich auch auf das sentimentale Drama der Lichtbildbühne ausdehnen, das meist in den malerischen Bauern- und Fischerbürgern der Normandie und Bretagne spielt und zu rührenden Trennungen und noch rührenderen Wiederbegegnungen Gelegenheit bietet. Damit verbindet sich dann auch eine lächerliche Naturforscherei, die das Unmögliche des Kostüms preisgibt und etwa der modernen, schwachen Weltbühne, die ihre Kinder vernachlässigt, die gute selbstnährnde Mutter aus dem Volke gegenüberstellt. In ihren humoristischen Filmen hat

die französische Industrie zunächst die Situationskomik angeknüpft, ein Malheur dargestellt, das laminarartig anwächst und in seiner unwirklichen Phantastik etwa an die Katastrophen auf den Bühnen von Wilhelm Busch erinnert. Bald aber trat dann die komische Figur in den Mittelpunkt, der uralte Handwurf, der im italienischen Film als Bollwerk erscheint erscheint und stets der gleiche bleibt, in seiner stachen Dummheit, mag er als Schumann, Soldat oder Privatdetektiv auftreten.

Die französische Kinematographenindustrie pflegt soeben besonders die „optische Verichterstattung“, in der die neuesten Bilder vom Tage gezeigt werden. Auch da müssen wir Deutschen freilich viel auf den französischen Geschmack Verrechnen hinnehmen. Der amerikanische Film zeichnet sich hienieden durch einen trostlosen grotesken Humor aus, tut sich aber besonders in Parforceleistungen aller Art und in aufs höchste gespannten Konflikten hervor. Das zunächst in Frankreich gepflegte „Sitten drama“ haben dann die Dänen in der raffiniertesten und verführerischsten Weise ausgebildet. „Der dänische Film weiß das „Sittendrama“ mit solcher Raffinerie psychologisch einigermassen glaubhaft, für die Zensur unanfechtbar und dennoch für die niedrigen Instanzen des Publikums lochend zu gestalten, daß er heutzutage die größte Gefahr für die Geschmacksbildung des Publikums bildet.“

Der Verfasser ist der Ansicht, daß gegen den Kinematographischen Schund mit demselben Eifer gekämpft werden müsse wie gegen die Schundliteratur. Die Grundzüge der Kontrolle über die Filme könnten mit leichter Mühe verschärft werden, die Konselektionierung der Lichtbildtheater könnte strenger gehandhabt werden, vor allem könnten diese Theater, die sich trefflich rentieren, scharfer zur Steuer herangezogen werden. Dann aber müßten auch mit öffentlicher Unterstützung kinematographische Musterbühnen gegründet werden, die die ergiebigeren und künstlerischen Möglichkeiten des Kinematographen rein ausüben könnten, ohne dem Pöbelgeschmack zu dienen.

politischen Konstellation im Lande Baden zu begründen; ergibt sich aus ihr doch die Hoffnung, daß die Belastungsprobe, welche der Großblock durch die Kandidatur Wittum unterworfen wurde, ohne nachteiligen Einfluß auf die Beziehungen der einzelnen Parteien bleiben werde. Dabei soll jedoch gleich der Wunsch angefügt werden, daß künftige derartige „Kraftproben“ uns möglichst erspart bleiben möchten.

Was den „Fall Wittum“ an sich betrifft, so ist durch die öffentliche Erklärung Wittums eine veränderte Situation geschaffen worden. Es steht heute fest, daß nicht Wittum den Weg zum Zentrum und zu den Konservativen gefunden oder gesucht hat, sondern daß ihm ohne sein Zutun die Unterstützung dieser Parteien in Aussicht gestellt wurde. Einen gewissen Vortour hat man Wittum daraus gemacht, daß er gegenüber der Zentrumspartei nicht jenen entschiedenen Standpunkt eingenommen hat, wie gegenüber den Konservativen und daß er, nach langen inneren Kämpfen sich zu einem Schreiben entschloß, das nach seiner Auffassung zunächst einen Höflichkeitssakt darstellen sollte, in seinen Folgen aber — und besonders durch die uneheliche Indiskretion des Zentrums — zu einer hochpolitischen Aktion sich auswuchs. Dieses Vorgehen des Abg. Wittum steht nicht mehr im Einklang mit den Richtlinien der Landespolitik. Es wäre vielleicht ungeschrieben geblieben, wenn der Abg. Wittum die ganze Frage nicht ausschließlich als persönliche Angelegenheit betrachtet und unter seine eigene Verantwortung gestellt hätte. Daß Abg. Wittum durch sein Schreiben an den Vertrauensmann des Zentrums etwas Ueberräuberisches begangen hätte, ist durchaus unzutreffend und wurde insbesondere nie von all jenen angenommen, die bei seit Jahrzehnten im Vordergrund des politischen Lebens stehenden immerdar als einen offenen und ehrlichen Charakter, als einen aufrichten Mann schätzten, der die Lauterkeit selbst ist und dem ein Abweichen von der Linie des Ehrenhaften unmöglich ist. Es zeigt sich auch, daß die Motive Wittums — und darauf kommt es doch wahrlich an — aus klaren Quellen fließen. Im übrigen fällt außerordentlich ins Gewicht, daß Wittum der Ueberzeugung sein konnte und noch Lage der Dinge sein mag, daß die örtliche Organisation der fortschrittlichen Volkspartei seinen Schritt durchaus billigte. In der Tat steht auch heute noch die Vorsitzende Wählerliste hinter dem Abg. Wittum und sie würde es nicht verhehlen können, wenn die Frage einer Mandatsübertragung auch nur diskutiert werden wollte. Die Wählerliste ist aber doch wohl die höchste und letzte Instanz, die über eine event. Uebertragung des Mandates zu urteilen hätte. Die Wittumischen Wähler, die den Gedankengang Dr. Frank nicht zu folgen gewillt sind, wünschen den Schritt ihres jetzigen Reichstagsabgeordneten nicht und an dieser präzisieren Haltung kann auch die Nationalliberale Partei, auch wenn sie den Brief Wittums bedauert, nicht vorübergehen. Diese Stellung der Partei ist entschieden korrekt, ebenso wie die Haltung der Partei bei Aufstellung der Kandidatur Wittum, die in der sozialdemokratischen Presse schwere Angriffe gegen die Nationalliberale Partei hervorrief, die jedoch der Führer der badischen Sozialdemokratie, der Abg. Dr. Frank, sich erfreulicherweise nicht zu eigen machte.

Der „Fall Wittum“ dürfte heute der Geschichte angehören; er bleibt auch für die Nationalliberale Partei keine erfreuliche Erscheinung. Doch wird er an der politischen Haltung der Partei nichts ändern, wie er auch — trotz aller Machenschaften — das Zentrum — seinen Zweck, der badischen Parteipolitik eine andere Wendung zu geben, gänzlich verfehlt hat. Das eine aber wird man sich merken müssen: Daß die ganze Straßensolidarität der Zentrumspartei vor allem Bolk an einem Schulbeispiel offen dargelegt worden ist. Der Name Wittum wird in aller Zukunft eine Warnungstafel für jeden sein, der jemals daran denken sollte, mit dieser Partei politische Geschäfte zu machen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 8. Februar 1912.

Das neue Reichs- und Staatsangehörigkeits-Gesetz.

Als erste der Vorlagen, die vom neuen Reichstag zu erledigen sind, erscheint der schon erwähnte Entwurf eines neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes. Die Regierung kommt damit, wie wir schon sagten, endlich dem langgehegten Wunsche weiterer nationaler Kreise entgegen. Das halbamtliche Organ brachte bereits einen Auszug aus dem Entwurf, dem dieser selbst wohl bald folgen wird. Durch ihn soll bekanntlich eine Aenderung des gegenwärtigen Rechtszustandes namentlich noch zwei Richtungen herbeigeführt werden. Der Verlust der Reichsangehörigkeit soll erschwert, ihr Wiedererwerb erleichtert werden. Demzufolge beseitigt der Entwurf den § 21 Abs. 1 des geltenden Gesetzes, wonach ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit durch zehnjährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Ausland verliert, falls er sich nicht in die Matrikel eines Konsulates hat eintragen lassen. Das Mittel der Eintragung

in die Konsulatsmatrikel hat im großen und ganzen versagt. Denn teils aus Unkenntnis, teils aus Saumseligkeit hat davon nur eine verhältnismäßig kleine Zahl im Ausland lebender Deutscher Gebrauch gemacht. So hat die Richterfüllung einer bloßen Formalität den Verlust wertvoller Elemente zur Folge gehabt, darunter auch solcher Personen, die im deutschen Heere gedient, ja sogar an dessen Feldzügen teilgenommen haben. Die Vorlage geht davon aus, daß der Verlust der Staatsangehörigkeit durch Umstände bedingt sein muß, die den Willen des Beteiligten, seinem Vaterland nicht weiter anzugehören, deutlich erkennen lassen. Dieser Wille kann selbstverständlich nicht nur ausdrücklich, also durch einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsangehörigkeit erklärt werden; vielmehr genügt ein Verhalten des Beteiligten, das mit dem staatsrechtlichen Verhältnis zu seinem Vaterland nicht zu vereinigen und daher als Verzicht auf seine Staatsangehörigkeit anzusehen ist. Ein solches Verhalten erblickt der Gesetzentwurf in dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und der Richterfüllung der Wehrpflicht. Er bestimmt, daß der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, wenn er auf Antrag erfolgt, einen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit zur Folge hat. In den Fällen, in denen der Antrag auf Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit durch die Rücksicht auf Erwerbsverhältnisse und dergleichen veranlaßt worden ist, sollen Härten insofern vermieden werden als die Heimatsbehörde die Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit genehmigen kann. Was die Ausbürgerung wegen Verletzung der Wehrpflicht anlangt, so bestimmt der Entwurf, daß ein im Ausland lebender Deutscher, der bis Ablauf des 31. Lebensjahres seine Militärverhältnisse nicht ins Reine gebracht oder sich der Fahnenflucht durch Entzerrung oder Fernbleiben von der Truppe schuldig gemacht hat, seine Reichsangehörigkeit verlieren soll. Die Vorschriften sind im einzelnen so ausgestaltet, daß der Verlust nur bei Verletzung der wichtigsten aus der Wehrpflicht folgenden Verpflichtungen eintritt, daß der Wehrpflichtige unter Berücksichtigung der Auslandsverhältnisse genügend Zeit zur Erfüllung seiner Obliegenheiten behält, und endlich, daß der Zeitpunkt des Verlustes ungewissensfrei feststeht und möglichst leicht zu ermitteln ist. Der Erleichterung der Wiedererlangung der verlorenen Staatsangehörigkeit dient die Bestimmung, daß im Zukunft bei Wiederaufnahme aller ehemaligen Deutschen und ihrer Nachkommen, einerlei, auf welche Weise sie ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, von dem Erfordernis der Niederlassung im Inland abgesehen wird. Dem gleichen Gedanken entspricht die Vorschrift, durch die den Witwen und geschiedenen Ehefrauen, die ihre Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit einem Ausländer verloren haben, nach Auflösung der Ehe die Wiederaufnahme in den früheren Staatsverband zugesichert wird. Der Gesetzentwurf ist vom nationalen Standpunkt freudig zu begrüßen, werden dadurch doch die im Ausland lebenden Deutschen fester und nachhaltiger mit dem Vaterlande verknüpft, als dies bisher der Fall gewesen ist. Die Verabschiedung am Reichstag dürfte daher auch auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Deutsches Reich.

Das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages. Im Reichstag ist jetzt das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages sowie der Bevollmächtigten zum Bundesrat fertiggestellt worden. Dieses offizielle Verzeichnis ist gerade dieses Mal von besonderer Wichtigkeit, weil bekanntlich bisher die Stärke der einzelnen Parteien und das Kräfteverhältnis zwischen der Rechten und der Linken noch nicht genau feststand; insbesondere war es von mehreren Abgeordneten zweifelhaft gewesen, ob sie sich einer bestimmten Fraktion anschließen oder „Wilde“ bleiben werden. Das offizielle Verzeichnis zählt nun die Parteien in folgender Stärke auf: Sozialdemokraten 110, Zentrum 90, Nationalliberale 44, Konservative 43, Fortschrittliche Volkspartei 42, Polen 18 und Reichspartei 14. Die kleinen Fraktionen der wirtschaftlichen Vereinigung, der deutschen Reformpartei, der Wäffler, Lotbringer und Welfen sowie der Bauernbündler werden den „Wilden“ zugezählt, deren Zahl danach 6 beträgt. Außer diesen kleinen Fraktionen gehören zu den „Wilden“ Graf v. Posaadowitz, Abg. Warmuth, die beide zweifellos der Rechten zuzurechnen sind, ferner Dr. Becker und Frhr. v. Eyal, die beide der nationalliberalen Fraktion nicht beizurechnen sind. Weiter Graf Oppersdorff, der somit der Zentrumspartei nicht angehört, und der Däne Hansen. Der Abg. Schröder, der in Eiding den Herrn v. Oldenburg verdrängt, ist ebenso wie Herr v. Derjat als Hospitant der Reichspartei beigetreten. Als Hospitanten der Nationalliberalen werden die Abg. Feld, Lerchmann und Heyde angeführt, während die Abg. Dr. Kerscheneiner, der in München gewählt, und der Elb-Lothringer Rölzer der fortschrittlichen Volkspartei als Hospitanten zu-

gezählt werden. Der Lothringer Wiedel, der als entschieden Liberaler gilt, wird ebenso wie die beiden anderen Lothringer Löwcke und Dr. Schay als Wilde angezählt. Auch die drei Bauernbündler Bachmeier, Heistermann und Lang zählen zu den Wilden.

Badische Politik.

Aus der Budgetkommission.

Karlsruhe, 7. Febr. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer hat von dem Budget des Ministeriums des Innern für die Jahre 1912 und 1913 die Titel I bis VII, IX bis XI, XX und XXI der Ausgabe sowie II und III der Einnahme beraten. Berichterstatter war Abgeordneter Kopf (Ztr.). Die Kommission beantragt, für 1912 und 1913: 1. In Ausgabe Titel I Ministerium für ein Jahr 410 750 M., Titel II Landeskommissionäre je 94 750 M., Titel III Verwaltungsgerichtshof je 82 100 M., Titel IV Verwaltungsgerichtshof je 243 190 M., Titel V General-Landesarchiv im ordentlichen Etat je 55 430 M., im außerordentlichen für 2 Jahre 2 350 M., Titel VII Rheinschiffahrtsbehörden je 2 870 M., Titel IX Bezirksverwaltung und Polizei im ordentlichen Etat je 8 924 860 M., im außerordentlichen im ordentlichen Etat je 1 297 580 M., im außerordentlichen Etat für 2 Jahre 2 500 M., Titel XI Witte Fonds und Gemeinnützige Anstalten im ordentlichen Etat je 161 130 M., im außerordentlichen Etat für 2 Jahre 188 000 M., Titel XX außerordentliche Beschlüsse und Beihilfen je 45 460 M., Titel XXI Verschiedene und zufällige Ausgaben je 47 720 M., in Einnahme: Titel II Bezirksverwaltung und Polizei für je ein Jahr 2 661 230 M., Titel III Allgemeine Sicherheitspolizei je 23 790 M. In dem Druckbericht der Kommission heißt es: Die Regierung bemerkt, daß die seit her von einzelnen höheren Ministerialbeamten aus der Reihe der Gehaltsbesetzungsanstalt und der Feuerwehnerunterstützungskasse bezogenen Nebengehälte im Budget künftig nicht mehr angezogen werden würden, weil Artikel 21 Abs. 1 des Staatsgesetzes auf dieselben keine Anwendung finde. Der Berichterstatter machte hiergegen geltend, daß die genannten Kasien mindestens im weiteren Sinne als vom Staat verwaltete Kasien und die Verletzung der fraglichen Verwaltungsstellen als staatliche Nebenaufträge anzusehen seien und daß, wie man das auch beurteilen möge, die Volkserhaltung jedenfalls ein berechtigtes Interesse daran habe, von derartigen Nebenämtern und Nebengehalten Kenntnis zu erlangen. Die Großh. Regierung hat darauf erwidert, daß sie die Nebengehälte aus den genannten Kasien im Hinblick auf die in der Kommission geäußerten Bedenken auch künftig im Staatsvoranschlag ersichtlich machen werde. Im übrigen hat die Kommission Anlaß zu Beanstandungen nicht gefunden.

Staatsbeiträge zur Wasser-Versehung unbemittelter Gemeinden.

Karlsruhe, 7. Febr. In dem Jahre 1910 wurden an unbemittelte Gemeinden folgende Beiträge zu den Kosten der Wasser-Versehrungsanlagen angewiesen. (Die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die im außerordentlichen Etat angelegten Summen): Kreis Konstanz: 41 200 M. (7700 M.), Kreis Billingen: 21 235 M., Kreis Waldshut: 39 017 M. (5683 M.), Kreis Freiburg: 5900 M. (8000 M.), Kreis Lörrach: 48 900 M. (44 400 M.), Kreis Offenburg: 2800 M., Kreis Baden: 5500 M. (1000 M.), Kreis Mannheim: 38 200 M., Kreis Heidelberg: 23 500 M. (16 000 M.), Kreis Mosbach: 38 600 M. (2 1700 M.), zusammen 264 852 M. (104 483 M.).

Kirchlich-liberale Versammlung.

N. Oelbelsberg, 7. Februar.

In der heutigen Versammlung der kirchlich-liberalen Vereinigung des Unterlandes unter Vorsitz des Herrn Warrer Roth erörterte Herr Warrer Goldschmidt-Nord ein sehr interessantes, viele neue und eigenartige Gedanken zum Ausdruck bringendes Referat über „Reform des Religionsunterrichts“. Der Redner stellte als Ziel dieser Reform hin: „Verdeutschung des Religionsunterrichts“. Er ging von dem Grundsatz aus: „Verdrängung im rein mechanischen Sinne ist die Religion nicht, aber weckbar ist sie unter allen Umständen, schon im frühesten Kindesalter. Der Schule liegt vor allem die Aufgabe ob, dem Kinde zu erlauben, was es an eigenem Seelenleben hat. Auf einer doppelten Grundlage muß der Religionsunterricht basieren: auf Geschichte und Psychologie. Der Seele des Kindes muß der Unterricht Rechnung tragen; darum muß die Religion den kindlichen Verstand näher gebracht werden. Viel ist hier schon geschehen, aber die Kindesseele ist immer noch viel zu wenig berücksichtigt worden. Der Redner behauptet unter diesem Gesichtspunkt die verschiedenen, jetzt in badischen Schulen eingeführten Lehrbücher der Religion. Die biblische Geschichte entspricht seiner Ansicht nach nicht den Anforderungen, die man an ein Lehrbuch

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Akademie für Jedermann.

Die „Mannheimer Bewegung“ — wie der „freie Mund“ in den Kunstzeitschriften genannt wird — läßt an ihrer Lebensfähigkeit keine Zweifel mehr zu. Seit drei Wochen fällt ihr der Saal der Akademie (Ludensaal) und gestern Abend drängte sich wiederum Kopf an Kopf, den bewußten Kopf nicht zur Erde lassend. Und ganz eigenartig war die Stimmung, sich jedem vernünftig, zugleich er fremd dem andern. Ein fremdes, befreiendes Gefühl war aus den Gesichtern zu lesen, aus den Gesichtern der Menschen, die meist dem Bürger- und Arbeiterstande angehörten, losgelöst vom Alltag, zusammen gekommen waren. In unruhiger Erwartung wendeten sich die Köpfe bald zur Rechten, bald zum Linken. Was die begeisterte Stimmung der Rede oder der derzeitige populäre Mann Mannheim? — Direktor Dr. Fritz Wäghert, kürzlich begrüßt, gab auch seiner inneren Freude am Publikum dieser von idealen Werken besetzten Menschenmenge Ausdruck. „Die Betrachtung von Kunstwerken“ war das Thema, durch welches Direktor Wäghert die Freude an der Kunst vermitteln wollte. Das Wesen des Bundes ist dessen Einwirkung auf das Schöne, die Ausdrucksformen der Natur verstehen zu lernen und dieses Verleben auf die Kunst und Kunstwerke zu übertragen. Die Kunst ist und soll keine Nachahmung der Wirklichkeit sein. Die modernen Künstler können die Wirklichkeit nicht zeigen, weil diese gar nicht vorhanden ist, d. h. jedem anders erscheint, in jedem andere Empfinden auslöst. Der Wöhlklang der Farben wird Unähnlichkeit, der Rhythmus der Linie bedeutungslose Form. Das Erlebnis des Künstlers wird zur Gestaltung. Und hier, begrenzt durch Material und Mittel, sind Forderungen zu berücksichtigen, die erst den Künstler zum Künstler machen. Diese Sprache des Kunstwerkes gliedert der Vortragende in sieben Fragen, die wir aus bei der Betrachtung von Kunstwerken vorzulegen haben: 1. Gegenstand, 2. Handarbeit oder Vervielfachung (Maße), 3. Flächenwirkung, 4. Abwechslung (Wahlheit), 5. Farbentöne und Farbendruck, 6. Einheitsmäßigkeit, 7. Einheitsmäßigkeit. Zum leichten Gedächtnis erhalten die einzelnen Fragen erinnernde Stichwörter. — Ein weiteres Eingehen auf den inhaltreichen, höchstgenügsamen Vortrag wäre nur durch eine vollständige Wiedergabe möglich und selbst dann fehlten die vorzüglichsten Bilder. Als Notwendigkeit seien noch die Schlussworte Direktor Wägherts wiedergegeben: „Wer Freude an der Kunst gewinnen will, lese nur die Kritik der Werke und den Künstler.“

Die Gemäldeausstellung im Parkhotel

hat, so wird uns mitgeteilt, bisher einen guten Erfolg aufzuweisen. Wie uns weiter mitgeteilt wird, soll die Ausstellung bis Sonntag Abend verlängert werden.

Aus dem Pflüger Musikleben.

Der unter der Leitung des Herrn Karl Aug. Krauß stehende Männergesangsverein „Fidelio“ in Speyer bewies in seinem gestrigen Konzert von neuem, daß er zwar nicht durch die Menge, wohl aber durch die Güte des Gesanges bei weitem die erste Stelle im Speyerer Musikleben einnimmt. Die Zusammenstellung der Programme zeugt von großem Geschmack und eingehender Kenntnis der musikalischen Literatur. Zur Mitwirkung waren Mannheimer Künstler gewonnen worden: Herr Intendant Gregori und Herr Hofopernsänger Fritz Vogelstrom. Herr Gregori rezitierte „Leonore“ von Bürger und das Wäldchenbüchse Liedchen. Die Klavierbegleitung besorgte Herr Konservatoriumsdirektor Hagren aus Neustadt gewandt und sicher. Schade, daß der insbesondere im „Szenenbild“ auf der Höhe künstlerischer Gestaltung stehende Vortrag des Herrn Gregori die Begleitung, besser gesagt Ergänzung durch das Orchester entbehren mußte. Herr Vogelstrom erfreute mit den bereits oft gewürdigten Berlen — *tu vena verbo* — Wagnerischer Musik. Als Zugabe wurde das Liedchen aus der Walküre erklingt. Die Begleitung des Sängers durch Herrn Tauffig war vorzüglich. Die beiden a capella Chöre waren sorgfältig einstudiert und ließen bei Klangvoller und reiner Wiedergabe den verständnisvollen Zuhörer erkennen.

Kostbare Autographen unter dem Hammer.

Aus London wird uns berichtet: Eine Reihe seltener Autographen berühmter englischer Schriftsteller kommt jetzt in London zur Versteigerung, darunter vor allem die Originalhandschrift des ersten Entwurfes jener schönen Widmung, mit der Shelley sein Trauerspiel „The Cenci“ leicht zum Zugeignet hat. Das Manuskript zeigt zahlreiche Änderungen und

Änderungen, die einen interessanten Einblick in die Umformungen geben, die Shelley bei der Abfassung dieser Widmung immer wieder vornahm. Von besonderem Interesse sind auch die Briefe, die Thomas Carlyle, Dickens, Browning und Rossetti an Leigh Hunt gerichtet haben und die nun unter dem Hammer kommen.

Kleine Mitteilungen.

„Helgor“, ein dreitägiges Schauspiel von Erich Otto Ackermann, das im Mittelalter spielt, fand bei der Uraufführung durch die Dramatische Gesellschaft Halle dank psychologisch feiner Züge eine beifällige Aufnahme. Der „Ferienfonds des Deutschen Theaters“ zu Weelin, eine Gründung des Regisseurs Feld, hat in einer Generalversammlung beschlossen, für seine Mitglieder ein Ferienheim in der Nähe Berlins zu errichten. Max Liebermann ist zum Ehrenmitglied des Institut de France ernannt worden. Guschlbauer, Wiens populärer Volksänger, genannt im Volksmunde der letzte Draher, ist gestern im 72. Lebensjahre gestorben. Das großherzogliche Hoftheater in Schwerin in Mecklenburg wird am 12., 13. und 15. Oktober d. J. in zwei Opernaufführungen und drei bis vier Konzerten (einem Symphoniekonzert, einem großen Chorwerk und einer bis zwei Kammermusikabende) einen Herbstabend über die moderne französische Musik geben. Bei diesem Anlaß sollen eine Reihe von französischen Kompositionen zum ersten Male in Deutschland aufgeführt werden, so unter anderem eine Symphonie von Massard und die Oper „Rosa Vanna“ von Février, außerdem Werke von César Franck, Saint-Saëns, Debussy, d'Indy, Dukas, Dubois, Faure und Gounod, dessen Symphonie Espagnole von Professor Marconi gespielt werden wird. Die Leitung des ganzen hat Professor Willibald Raabler.

Tagespielplan deutscher Theater.

Freitag, 8. Februar. — Reg. Schauspielhaus Berlin. 1. Opernhaus: Der Rosenkranz. — Reg. Schauspielhaus — Der Reiter von Szent. — Deutsches Theater, Paul J. Kohl.

zu machen. Wir haben auch an den Mittelschulen Geistliche als Professoren (Alt- und Neu-Philologen). Wie sind nun diese Geistlichen, wenn sie den Antimodernisteneid geleistet haben, vom Staat zu behandeln? Darüber haben wir nun keine Erklärung von der Regierung. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung sich klar und deutlich ausdrücken würde, welche Stellung sie gegen diese an den Mittelschulen lehrenden katholischen Geistlichen, wenn sie den Antimodernisteneid geleistet haben, einnimmt. Ich meine nicht die Religionslehrer, sondern ich meine jene, die auch andere Examina gemacht haben.

Der Berichterstatter macht dann noch einige Bemerkungen zu dem Kapitel Frauenstudium. Es sei als eine erfreuliche Erscheinung zu bezeichnen, wenn die Zahl der Medizin studierenden Frauen eine Steigerung aufweise.

Abg. Dr. Schofer (Str.)

zählt die Summen auf, die in den letzten 25 Jahren für die badischen Hochschulen aufgewendet worden sind. Das wären für Heidelberg Ordinarium 2 1/2 Mill. M., Extraordinarium über 7 Mill. M., Freiburg Ordinarium 1 1/2 Mill. M., Extraordinarium 6 1/2 Mill. M., Karlsruhe Ordinarium 1/2 Mill. M., Extraordinarium 1/2 Mill. M.

Die Ausgaben, die seither immer gestiegen seien, werden auch in Zukunft nicht geringer werden, sondern weiter steigen. Redner befürwortete sodann die Errichtung eines Vektorats für italienische Sprache an der Universität Freiburg. Zur Vermehrung der Einnahmen an unseren Hochschulen sei zu empfehlen, für die Dozenten eine Maximalannahme aus den Kollegiengebern festzusetzen, und den Ueberschuß in die Staatskasse fließen zu lassen.

Berner klagt der Redner, wie er das auf dem letzten Landtage bereits getan hat, über Infortität zwischen den Universitäten Freiburg und Heidelberg, und darüber, daß badische Landesländer so wenig an unseren Landesuniversitäten Zutritt finden. (Bravo beim Zentrum.) Bezüglich des Verhaltens der Universität Freiburg bei der Belegung des Ordinariatslehrstuhles für Zoologie und des Lehrstuhles für pastorale Theologie ist der Redner der Meinung, daß das Vorgehen des Senats nicht einwandfrei war. Der Antimodernisteneid ist ein Schutzmittel gegen Irrtum. Die Eidesformel enthält nichts, was ein gewissenhafter, überzeugter katholischer Geistlicher nicht an und für sich schon tut. Wenn man die Sache so ansieht, dann könne man nicht verstehen, wie der Senat der Universität Freiburg Sturm lautete gegen die von der Fakultät vorge schlagenen Kandidaten.

Präsident Rohrbach

teilt mit, daß ein Antrag Kolb und Gen. eingelaufen ist über die Aufhebung der konfessionellen Universitäten und ihre Umwandlung in interkonfessionelle.

Abg. Kolb (Soz.) begründet diesen Antrag und führt dabei aus, wie er es schon bei der allgemeinen Finanzdebatte getan hat, daß die großen Bauten an unseren Universitäten aus Anleihenmitteln bestritten werden sollten. Wir sind uns der Bedeutung der Hochschulen wohl bewußt und bewilligen auch die angeforderte Summe, wenn wir sie auch im Verhältnis zu den Ausgaben für Volksschulen zu hoch finden. Es kommt nicht von ungefähr, daß der Andrang zu den Hoch- und Mittelschulen so gewaltig ist. Wenn wir eine ausgezeichnete Volksschule hätten, so wie wir sie haben sollten, würde der Andrang zu den Mittelschulen nicht so stark sein und die heute geradezu schreckliche Ueberfüllung der akademischen Berufe wäre nicht. Der Staat hat ein Ueberangebot an Kräften. Er ist in der Lage, sich die besten herauszusuchen zu können. Das ist ja sehr erfreulich, aber was sollen die anderen, die nicht Verwendung im Staatsdienste finden, machen? Denken Sie nur an die ungeheure Zahl der Rechtsanwältinnen. Dem Ueberangebot gegenüber ist der Staat vollkommen machtlos. Es gibt nur eine Abhilfe, wenn man das macht, was in unserem Parteiprogramm steht, daß nur solche Leute studieren dürfen, die wirklich befähigt dazu sind, und daß man nur auf die geistige Veranlagung Rücksicht nimmt und nicht auf den Geldbeutel des Vaters. Er freut sich der Redner über die Zunahme der Studentinnen. Voraussetzlich dauert es nicht mehr lange, und wir bekommen weibliche Rechtsanwältinnen (Heiterkeit), weibliche Bürgermeister und weibliche Bierker. (Sehr lebhaftes Heiterkeit.) Zum Motu proprio lacorum antistitum (Kolb kann das letzte Wort nur sehr schlecht aussprechen, deshalb ruft ihm Abg. Dr. Schofer zu: Wir wissen schon, was Sie meinen!) möchte ich bemerken, daß ein katholischer Geistlicher, der den Antimodernisteneid geleistet hat und sich dadurch dem Papste gegenüber verpflichtet, nur zu glauben hat, was die Kirche vorschreibt, nach unserer Auffassung in einem Staate schlechterdings nicht Lehrender sein kann. Wir werden durch die Stellungnahme der Regierung gegenüber diesem Motu proprio geradezu gezwungen, unseren obigen Antrag einzubringen.

Abg. Rebmann (natl.) gibt seiner Freude über die Häufung, die die badische Regierung den Hochschulen angedeihen läßt, Ausdruck. In der letzten Zeit seien Erklärungen zutage getreten, von denen man nur wünschen könne, daß sie sich in Zukunft recht oft wiederholen. Wir haben erlebt, daß für die Heidelberger Universität eine großartige Stiftung gemacht worden ist und daß an der Freiburger Universität eine Sammlung von 1/2 Million innerhalb kurzer Zeit zustande gekommen ist. Wir betreten damit einen Weg, den andere Länder schon längst beschritten haben und die dabei zu ganz außerordentlichen Resultaten gekommen sind, den Weg der Selbstbetreibung unserer Hochschulen zum Nutzen des Landes. Wenn wir auf diesem Wege weiter gehen, so kommt der Charakter wieder mehr zum Ausdruck, den die Universitäten früher gehabt haben. Es wurde heute auch von der Ueberfüllung der akademischen Berufe gesprochen. Diese Ueberfüllung ist als vorübergehend zuzugeden. Der Abg. Dr. Schofer hat gemeint, es solle dagegen Abhilfe geschaffen werden, aber dies Mittel dazu hat er nicht angegeben gemacht. Auch der Abg. Kolb hat nur indirekte Mittel gemußt. Ich meine diese Frage ist nicht so einfach. Es werden da verschiedene Faktoren zusammenwirken müssen. Doch wir eine schwere Ueberfüllung der akademischen Berufe haben, ist nicht mehr zu leugnen. Die Ueberfüllung auf den Gebieten der Jurisprudenz hat zu schweren Mißständen geführt. Im Unterrichtswesen stehen noch schwerere bevor. Da sind jetzt in hunderten akademische Lehrer beschäftigungslos und ungesüßte stehen vor der Prüfung. Diesen Umständen steht der Staat hilflos gegenüber. Er kann nur warnen. Die größte Remedur schafft das Leben selbst und zwar in seinen Gärten und in seinen Grammatiken und das Gland, durch das ein Teil unserer Akademiker hindurch muß, wird wohl der kräftigste Ansporn sein, die Ueberfüllung zum Behutesten zu bringen, was sie tun, wenn sie ihre Kinder zu derartigen Berufen drängen. Ich meine, wir sind heute schon in einem Zustande des Ueberflusses auf diesem Gebiete. Früher drängte jeder, der das Gymnasium absolviert hatte, zum Staat. Heute ist die Sache anders. Unsere aufstrebende Industrie, unser Handel brauchen tüchtige Leute. Es ist gar kein Zweifel, daß die fortschreitende Entwicklung Handel und Industrie noch viel mehr als bisher zwingen wird, Kräfte allerersten Ranges und in noch viel größerem Umfang zu verwenden als dies heute schon der Fall ist. Wir leben eben gegenwärtig in einem Entwicklungsstadium. Ueber dieses müssen wir werden wir hinwegkommen. Den Eltern der Kinder muß klar

werden, daß die akademische Schulbildung, nicht nur im Staatsdienst, sondern auch außerhalb desselben das Fortkommen ermöglicht. Ich möchte nun zu den Ausführungen des Abg. Schofer übergehen und den Vorwurf, den er den Studenten machte, daß sie zu großen Aufwänden machen, zurückweisen, bzw. ich möchte ihn daran erinnern, daß jene Korporationen, die ihm ganz besonders nahe stehen und deren Zahl bedeutend größer ist, als die der anderen Korporationen, bei denen das pompöse Aufwachen in der äußeren Aufmachung keineswegs hinter den anderen zurückbleibt. Da gibt es sehr wenig Unterschiede. (Abg. Dr. Schofer ruft: Ich habe keine Namen genannt!) Abg. Rebmann: Ich auch nicht. Es ist ganz gut, wenn die jungen Leute sich freuen und nachher tüchtige Menschen werden. Ich freue mich heute noch, wenn ich unter jungen fröhlichen Studenten bin und denke dann gerne an meine Studentenzeit. Und ich möchte den Abg. Weg fragen, ob er nicht auch gerne daran denkt. (Abg. Weg leht mit dem Kopfe nickend: Stimmt!) Man soll auch der Jugend ihr Recht lassen. (Bravo.) Der Redner weist sodann den vom Abg. Dr. Schofer erhobenen Vorwurf zurück, daß zwischen den Universitäten Heidelberg und Freiburg eine Importität bestehe, um dann zur Frage des Antimodernisteneides folgendes anzuführen: Ich kann mich hier dem, was der Herr Berichterstatter gesagt hat, anschließen. Der Abg. Dr. Schofer hat den Boden der ganzen Verhandlung, auf dem wir uns bewegen, zu verschieben gesucht. Wir schließen uns dem Standpunkte des Unterrichtsministers an. Der Abg. Schofer hat die Haltung des früheren Professors der Freiburger Universität, Geh. Hofrat Dr. Hoche sehr scharf getadelt. Was dieser damals sagte, war die Empfindung der Hochschullehrer, des gesamten Kollegiums, und wenn er sich in sehr harter Weise geäußert hat, so entsprach das der Stimmung des Augenblicks. Er hat sich gegen die Beschränkung der freien Forschung das ist kein Recht und keine Pflicht. (Sehr richtig!) Das geht nicht an, daß eine Institution, die außerhalb der Universität steht, Vorschriften über die Bedingungen zur Zulassung zur Promotion macht. Wenn es soweit geht, daß Universitätslehrer ihre Kollegien beim Bischof vorlegen, so sind das ganz schwere Angriffe in die akademische Freiheit. Wenn sich dagegen der Senat wendet, so hat er vollkommenes Recht. Dem sozialdemokratischen Antrag können wir nicht zustimmen. Es wird auch von der Hinansetzung der Babener bei der Anstellung als Professoren an den badischen Universitäten gesprochen. Wir wollen nicht herabfallen zu irgendeiner lokalen Bildungsanstalt, sondern wollen den Ruf unserer Universitäten wahren. Selbstverständlich sind auch wir dafür, daß Babener angestellt werden, wenn genügend da sind. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gerich (konf.) wendet sich dagegen, daß an der Heidelberger Universität kein orthodoxer Professor der Theologie angestellt ist.

Abg. Quinmel (Sp.) begrüßt, daß für die Universitäten so große Aufwendungen gemacht werden und erweist an, daß die Leistungen für sie sehr hoch sind. Sehr erzwint ist er über das Ansehen, das die badischen Universitäten im Auslande genießen. Er ruft den Professoren Anerkennung für ihre gewaltige Arbeit, die sie leisten. Im weiteren Verlaufe der Ausführungen verurteilt der Redner den Vorschlag im Statutenleben, sofern er zu übertriebenen Ausgaben führt, glaubt aber, daß es nicht Sache der Regierung sei, hier einzugreifen. Der Antimodernisteneid sei für ihn keine Frage der Regierung. Der Eid sei praktisch wertlos. Man müsse unterscheiden zwischen wissenschaftlichen und theologischen Fakultäten. Die Frage sei nur die eine, ob für die konfessionellen Fakultäten überhaupt noch Platz vorhanden sei an unseren Hochschulen.

Kultusminister Dr. Böhm

ist darüber erfreut, daß das Haus mit größter Bereitwilligkeit die Opfer für die Universitäten bringen will. Sehr erfreulich sei es, daß darüber auf keiner Seite des Hauses Meinungsverschiedenheiten laut geworden seien. Die Antragung des Abg. Dr. Schofer, zur Vermehrung der Einnahmen den Professoren die Kollegiengebelber zu kürzen, sei nicht annehmbar, wie Preußen, Bayern und Oesterreich lehren. Auch der Minister ist damit einverstanden, daß den Hochschulen recht viele Stiftungen angewendet werden. Ein früherer Schüler der Universität Heidelberg habe erst kürzlich dieser 1 Million Mark vermacht. (Beifall.) Die die Universität nach dem Tode der Frau des Erblassers erhalte. Die Regierung ist schon lange dafür, daß die Städte Freiburg und Heidelberg beigegeben werden zu den Kosten beim Bau von Krankenhäusern. Die Regierung habe ein Bauprogramm geschaffen für die 3 Hochschulen des Landes, nach dem sie auf Jahrzehnte hinaus mit Bauplänen versehen ist. Es sei der Regierung nicht möglich, Universitätsämtern aus Anleihenmitteln zu bestreiten. Wegen der Ueberfüllung von Akademikern sei die Regierung machtlos. Hinsichtlich des Studentenlebens haben die Abgeordneten Rebmann und Hummel so ziemlich den richtigen Standpunkt vertreten. Bei der Belegung von Professorenstellen schließe sich die Regierung nach Möglichkeit den Wünschen der Fakultäten an. In Heidelberg wirkten 3 Babener als Ordinarius, in Freiburg einer als Ordinarius und einer als Extraordinarius und in Karlsruhe ein Extraordinarius. Professor Dr. Hoche habe in der Frage des Antimodernisteneides den richtigen Standpunkt vertreten, deshalb habe die Regierung keinen Anlaß gehabt, einzuschreiten. Der Minister bittet, den Antrag Kolb abzulehnen.

Schluß 1 1/2 Uhr. Fortsetzung 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 8. Februar.

Alterspräsident Geheimrat Tölgel eröffnet die zweite Sitzung um 3 Uhr 15.

Abg. Vassermann

schlägt vor, die Sitzung zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, über die Präsidentenwahl zu einer Einigung, die bisher nicht erzielt war, zu gelangen.

Abg. Grocher (Str.)

stimmt dem Antrag bei. Der Antrag wurde unter allgemeiner Heiterkeit angenommen.

Das Haus vertagt sich auf morgen 2 Uhr.

Tagesordnung: Präsidentenwahl.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Der preussische Fiskus und die Rheinschiffahrt.

Berlin, 8. Febr. Im heutigen Abgeordnetenhause wurde der Gesetzentwurf betr. Abänderung der Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. September 1838 debattiert einer Kommission überwiesen. Der Gesetzentwurf betr. die Verwilligung weiterer Mittel zum Ausbau der neuen staatlichen Doppelspurschienenanlagen in Westfalen sowie von Mitteln zur Vervollständigung des Staates an der Aktiengesellschaft für Rhein- und Seeschiffahrt in Köln und der Mannheimer Dampfschiffahrtsgesellschaft in Mannheim ist in erster und zweiter Lesung angenommen.

Von Tag zu Tag.

— Automobil-Unfall. Berlin, 8. Febr. Gestern nachmittag ereignete sich im Westend ein Automobilunfall. Der 53jährige Rentier, Frau Dirschfeld, wollte ihren Sohn, den Amtsrichter in Spandau bezeugen und benutzte eine Automobilbroche. Der Chauffeur wollte, um nicht einen Hund zu überfahren, das Gefährt seitwärts lenken. Es fuhr gegen eine Bordsteinschwelle und wurde vollständig zertrümmert. Frau Dirschfeld wurde aus dem Automobil geschleudert und nach dem Krankenhaus gebracht. Auf dem Wege dorthin trat der Tod ein.

— Robelunfall. Bingen, 8. Febr. Auf der Robelbahn in Söbernheim fuhr ein Schlitten mit großer Geschwindigkeit in die Zuschauermenge. Etwa 10 Personen trugen ernstliche Verletzungen davon. Ein junges Mädchen erlitt eine Gehirnerschütterung.

— Die Ueberschwemmungen in Spanien. Madrid, 8. Febr. Die Ueberschwemmungen verbreiten sich über ganz Spanien. Zahlreiche Flüsse sind übergetreten und haben die Dörfer überflutet. Die Verkehrsverhältnisse behindern die Hilfeleistungen. Verluste an Menschenleben sind nicht bekannt. Der Sachschaden ist bedeutend.

— Reiche Beute. Memphis (Ver. Staaten), 8. Febr. Gestern früh hielt eine Räuberbande einen Zug der Road-Island-Bahn auf, kuppelte einen Expresswagen ab, sprengte den Schloßschrank und entfernte sich mit der Beute, die bis auf 210 000 M. geschätzt wurde. Personen sind nicht verletzt worden.

Die Großmächte und ihre Haltung gegenüber den Vorgängen in China.

Berlin, 8. Febr. Die deutsche Regierung hat sich vor kurzem an die Regierung in Washington gewandt mit der Anfrage, welche Haltung die amerikanische Regierung gegenüber den Ereignissen in China einzunehmen gedenke. Hieraus ist dem deutschen Botschafter in Washington eine Note zugegangen, in der zunächst festgestellt wird, daß die amerikanische Regierung seit Beginn der gegenwärtigen Unruhen von Zeit zu Zeit bei sich die Gelegenheit mit den übrigen interessierten Mächten, insbesondere mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Rußland, ebenso wie mit der kaiserlich deutschen Regierung einen Meinungsaustausch darüber gepflogen hat, welche Haltung von dem Schutze der gemeinsamen Interessen entspricht. Aus dem Gedankenaustausch ergibt sich deutlich, so heißt es dann weiter, daß alle in Betracht kommenden Mächte darüber einig waren, daß unter den gegenwärtigen Umständen zweckentsprechend an der Politik des gemeinsamen Handelns festzuhalten ist. Diese Einstimmigkeit fand ihren konkreten Ausdruck in der Note, die von Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Rußlands und den Vereinigten Staaten am 20. Dezember 1911 gleichzeitig den Friedenskommissaren in Schanghai überreicht worden ist, wie auch in den Maßnahmen gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, die die Mächte zum Schutze der gemeinsamen Interessen in China ergriffen haben. Die dieser Regierung zugegangenen Nachrichten lassen überdies erkennen, daß die übrigen beteiligten Regierungen gleichfalls einen ähnlichen Meinungsaustausch gepflogen haben, und daß in den öffentlichen Organen der verschiedenen Länder ähnliche Verlautbarungen über die die gleichen Ziele anstrebende Politik erschienen sind. Der Regierung erscheint es daher offensichtlich, daß alle Mächte bisher in gemeinsamer Uebereinstimmung sich nicht nur von Sonderaktionen durch Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Chinas ferngehalten, sondern auch in vollem Einklang handelten mit ihren wechselseitigen Versicherungen, daß sie die Integrität und Souveränität Chinas achten würden. Glücklicherweise lag bisher für ein Eingreifen der fremden Mächte kein Anlaß vor, indem sowohl die Kaiserlichen als auch die Republikaner sich für Leben und Eigentum der ausländischen Bevölkerung verbürgt haben. Auch die jüngsten Nachrichten sind dazu geeignet, die Auffassung zu bekräftigen, daß es unwahrscheinlich ist, daß die künftige Entwicklung ein solches Eingreifen notwendig mache. Falls wider alles Erwarten irgendwelche weiteren Schritte sich notwendig erweisen sollten, ist die Regierung der festen Ueberzeugung, daß die Politik des gemeinsamen Vorgehens nach eingehender Beratung der Mächte aufrechterhalten werden sollte, um von Anfang an die Möglichkeit jeglicher Mißverständnisse auszuschließen. Abgesehen hiervon betrachtet diese Regierung als Folge der strikten Neutralität, die bisher infolge allgemeiner Uebereinstimmung bezüglich etwaiger Anleihen in China befolgt wurde, Anleihen ihrer Staatsangehörigen nicht zu begünstigen, sofern nicht die Gewissheit besteht, daß solche Anleihen im Verhältnis zu den streitenden Parteien rein neutrale Zwecke verfolgen. Ebenso erachtet diese Regierung zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt die Beobachtung des Prinzips für besonders angezeigt, daß ihre Staatsangehörigen davon abzuhalten sind, Anleihen zu gewähren, die nach den allgemeinen politischen Gesichtspunkten von der eigenen Regierung nach dem Benehmen mit den übrigen interessierten Mächten nicht gebilligt werden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Die italienische Presse über die Thronrede.

Rom, 8. Febr. Der „Popolo Romano“ betont bei der Besprechung der Thronrede des deutschen Kaisers ganz besonders ihren friedlichen Charakter. Die Thronrede sei ein Dokument des jetzigen Augenblicks. Wie sie im Reichstag von allen Parteien günstig aufgenommen worden sei, werde sie auch auf die internationale öffentliche Meinung den besten Eindruck machen, weil sie sich im Grunde in der Formel zusammenfassen lasse: Friede mit Würde!

Versuchen Sie

doch einmal Scotts Emulsion, Sie werden bald herausfinden, daß dieses seit 35 Jahren erprobte **hohen Nährwert**

bestehende Präparat Ihrem durch angestrengte Arbeit oder infolge von Erkältungen mitgenommenen Körper bald wieder die nötige Widerstandsfähigkeit verleiht.

Die Kräfte in Bayern.

München, 8. Febr. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Prinzregent hat den Reichsrat Herrn v. Hertling neuerdings zu sich berufen. Herr v. Hertling, der an der Eröffnung des Reichstages teilnahm, reist heute nach München und wird morgen, Freitag, dem Regenten empfangen werden.

Prinz Ludwig begab sich heute vormittag 9 Uhr 25 Min. mit dem Schnellzug nach Wien, um an den dortigen Hochzeitsfeierlichkeiten teilzunehmen. Sodann reist der Prinz nach Kiel zum Stapellauf des Linien Schiffes „Prinzregent Luitpold“, bei dem auch Prinzessin Theresie anwesend sein wird.

München, 8. Februar. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: In auswärtigen Blättern werden Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel der Regentschaft in Bayern verbreitet. In diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Ein Regentenschaftswechsel ist in den letzten Tagen und Wochen nie in Frage gekommen. Das Befinden Seiner königlichen Hoheit des Prinzregenten ist sehr gut.

Zur Präsidentschaftswahl im Reichstag.

Uns wird noch gemeldet: w. Berlin, 8. Februar. Bis zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages war, wie man in der Wandelhalle des Reichstages erzählte, die Frage der Verlegung des Präsidents überhaup nicht so weit gediehen, daß man sich für bestimmte Persönlichkeiten schlüssig gemacht hätte. Vielmehr handelt es sich einzig und allein darum, wie die 3 Präsidentschaften auf die einzelnen Fraktionen verteilt werden sollen und auch diese Frage hat sich bisher nicht lösen lassen.

Die Nationalliberalen sollen zu einem Teile entschieden für ein Präsidium der Linken sein, während der andere Teil mehr für eine Verständigung mit dem Zentrum und der Rechten ist. Eine Verlegung des Postens des ersten Präsidents durch einen Zentrumsgewählten hält man vielfach nicht für ausgeschlossen, doch handelt es sich bei allen diesen Vorschlägen nur um persönliche Auffassung Einzelner. Die Fraktionen haben einen definitiven Beschluß noch nicht gefaßt, darum kam es auch zur Vertagung.

Aus der Kammer des Reichslandes.

Strasbourg, 7. Febr. Die Erste Kammer des Landtages nahm heute zunächst die Wahlen der Geschäfts-, Petitions- und Finanzkommission vor, was zwei Stunden in Anspruch nahm. Dann brachte Unterstaatssekretär Wandel die Novelle zum Sparkassengesetz ein, die in wesentlich veränderter Form dem Landesausschuß schon vorgelegt hat, der sie auch gutgeheißen, wenn er sie auch nicht mehr hätte verabschieden können. Sie will mit dem gewöhnlichen System aufräumen, wonach die Sparkassen mit Gemeindebürgerschaft nur einen Teil ihrer Einlagen, über den sie selbst verfügen wollen, der Staatsdepositenkasse überweisen können, die für die Veranlagung Sorge tragen muß, was zu einer schweren Belastung der Staatsdepositenkasse führt.

Der englische Kriegsminister in Berlin. Berlin, 8. Febr. (Von unserm Berliner Bureau.) Der britische Kriegsminister Lord Salisbury, der wie berichtet, gestern von London nach Deutschland abreiste, ist heute früh um 10 Uhr in Berlin eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen.

Hand wertvoller diplomatischer Dokumente. Berlin, 8. Febr. (Von unserm Berliner Bureau.) Londoner Blätter wird aus Genf telegraphisch: Ein geheimes Dokument und fühner Hand einer Diplomatenfälscher, die wertvolle diplomatische Dokumente enthielt, ist gestern im Expresszug Berlin-Rom zu. Die Tasche befand sich in der Obhut eines hervorragenden Diplomaten, der Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Rom ist.

Kopenhagen, 8. Febr. Das Vormittagsbulletin besagt: der König verbrachte eine ruhige Nacht. Das Allgemeinbefinden ist befriedigend. Die Augenentzündung ist in der Abnahme begriffen.

Rußland in der Mongolei. London, 8. Febr. (Von unserm Londoner Bureau.) Der Peking-Berichter der Times meldet in einem gestern nachmittag abgegangenen Kabel, daß in Luying ein erster Zwischenfall vorgekommen sei, der auf das Vorgehen Russlands in der Mongolei einen weitreichenden Einfluß ausüben dürfte.

Witkiewitz. Nach dem Bericht des Vorstandes kann das aufgelassene Geschäftsjahr im allgemeinen noch als befriedigend bezeichnet werden. Es brachte infolge der Reorganisation der Arbeit eine ganz wesentliche Steigerung der Produktionskosten.

Die Unternehmung gegen den Stahlbau. Die neue Eingabe der amerikanischen Regierung beim Bundesbezirksgericht in Washington in dem gegen den Stahlbau schwebenden Prozeß erregt großes Aufsehen. In der Eingabe wird behauptet, der Präsident des

wobei auf russischer Seite 1 Offizier und 30 Mann getötet wurden. Die Angreifer wurden schließlich aus der Zone der Eisenbahn vertrieben, wobei die Chinesen 7 Tote hatten.

Die serbische Ministerkrise.

Belgrad, 8. Febr. General Gracic legt sein Mandat für Bildung des Kabinetts wegen der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen nieder. Der König berief alsdann den Präsidenten der Skupstschina, Nicolai, ins Palais.

Stimmen aus dem Publikum.

Bund für Literatur und Kunst.

In Bezugnahme auf Ihre Notiz betreffs Gründung eines Bundes für Literatur und Kunst, möchte ich bemerken, daß sich der Herr Intendant des städtischen Theaters seiner Verpflichtung nicht selbst zuwendet hat. Wohl habe ich an der Spitze des Vorsteheres einen Anschlag geleitet, daß am Montag, 8. Febr., abends 8 Uhr, eine Vorrede gehalten werden sollte.

Unmöglich ist es jedoch auf der vorerwähnten Basis einen großen Kreis von Anhängern zu gewinnen. Obwohl sehr viele den beiden Bänden denken, sich in der Literatur fortzubilden, auf alle Gebieten der Kunst bewandert zu sein, so ist doch eine einmalige Ausgabe von 1000 für einen Jahresbeitrag, eine sehr ungemein hohe, daß viele davor zurückzusehen. Gerade aber die breiten Schichten der Bevölkerung Mannheims, der Mittel- und der Arbeiterhand, sind es, welche nach des Tages Paß und Mühen, Geistesanstrengung, Geistesbetätigung, wünschen. Durch einen so hohen Beitrag jedoch, wären viele der Kreise verliert, müßten viele unzufrieden sein, wie die besten Elemente ihren Bildungsgang von Stufe zu Stufe entwickeln, und ihnen selbst nur Proben zugehen würden.

Und meiner Ansicht nach, sollte doch gerade für die Mehrheit, für das Große, für das Ganze etwas getan werden. Von einem Mindestbeitrag von 50 A. an bis 1 A. würde sich keiner bestimmen, mit Beiseite für der Sache zu widmen, ja viele würden sich sagen, anstatt einem Verein treue ich dem Bund für Literatur und Kunst bei. Lebenswichtig ist, daß diesem Bunde, das Postfach für 4 Verordnungen zur Verfügung gestellt wird. Nicht befremden kann ich mich aber mit dem Gedanken, daß gegen ein 1/2 zum 1/2 Regier- und Personal des Postbüros zur Verfügung stellen; es würde dadurch dem Bunde ein großer Teil der Einnahmen entzogen, welcher besser angelegt werden könnte. Lassen Sie aber zuerst einmal den Bund sich gründen, lassen Sie den Bund sich ausbilden, organisieren und werden sich alsdann schon junge Talente finden, welche sich unentgeltlich in den Dienst der Sache stellen.

Wetterbericht. Königsfeld, 8. Febr. Temperatur + 3 Grad. Leicht bewölkt. (Mitgeteilt vom Schwarzwalddorf).

Volkswirtschaft.

Badische Bank, Mannheim.

Der Aufsichtsrat der Bank beschloß in seiner heutigen Sitzung, der am 8. März ds. Js. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 1/2 Prozent (6 1/2 Prozent i. V.) für das verflossene Geschäftsjahr in Vorschlag zu bringen.

Die Württembergische Kammergesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Stuttgart hat sich, wie der „Schwab. Merkur“ schreibt, in Stuttgart unter dem Vorsitz des Prof. A. Dr. Sieglitz gebildet. Hauptzweck dieses ausschließlich mit württembergischem Kapital ins Leben gerufenen, ausdauernden Unternehmens ist die industrielle Anwendung des an wertvollen Edelsteinen reichen Urmalgebirges längs des schiff- und fahrbaren Hauptstroms in Kamerun, sowie der südlichen Kamerun-Ström- und Küstengebiet. Der große Bedarf an Eisen, das für die in Kamerun wohnenden Europäer wie für die Eingeborenen gleich unentbehrlich ist, konnte durch die bisher dort üblichen primitiven Schmelzmethoden der Eingeborenen bei weitem nicht gedeckt werden, so daß jährlich getrudete und kostbar transportierte Eisen im Wert von über 1 1/2 Mill. A. eingeführt werden mußten.

Preisanschlag in der Gartengewächse. Der Verband für Gartengewächse-Fabrikanten hat beschlossen, die Preise für alle Gartengewächse ab 1. März dieses Jahres um 10 Proz. zu erhöhen. Da diese Vereinbarung dem Zentralverband deutscher Gartengewächse-Fabrikanten angehängt ist, so ist wohl anzunehmen, daß die von Nürnberg ausgehende Preissteigerung sich innerhalb der Gartengewächse-Industrie verallgemeinern wird.

Rheinische Bierbrauerei. Mainz. Mit der vorgestern nach erfolgter Unterzeichnung der Verträge ist nunmehr die Liquidations-Transaktion perfekt, die in der neulichen Generalversammlung Anlaß zu langandauernden Diskussionen gab. Danach wird nunmehr der Betrieb der Brauerei stillgelegt und die Gesellschaft tritt in Liquidation. Bis zum 1. April ds. Js. sollen die vorhandenen Vorräte verkauft werden; von diesem Zeitpunkt an geht die Liquidation der Gesellschaft an die Hofbrauerei Schöfferhof-Frankfurter Bürgerbräu und an die Mainzer Aktienbrauerei gegen eine 12 Jahre lang zu leistende jährliche Vergütung über, die für die Schöfferhof-Brauerei 100 734 M. und für die Mainzer Aktienbrauerei 80 435 M. beträgt.

Witkiewitz. Nach dem Bericht des Vorstandes kann das aufgelassene Geschäftsjahr im allgemeinen noch als befriedigend bezeichnet werden. Es brachte infolge der Reorganisation der Arbeit eine ganz wesentliche Steigerung der Produktionskosten. Jedoch mußte mit Rücksicht auf die Konkurrenz teilweise billiger verkauft werden wie im Vorjahre. Auch der Absatz gegen das vergangene Jahr etwas zurück, da die anfangs ziemlich rege Nachfrage im zweiten Halbjahre sehr abstante. Es verbleiben einhundert 273 A. (i. V. 2199 A. Vortrag 41 822 A. (46 041) Bruttoertrag in, woraus 6840 A. (13 723 A.) an Abschreibungen verwendet und wieder 6 Proz. Dividende verteilt werden sollen. Die Bilanz errechnet 126 524 A. (109 785 A.) Kasse, Bankguthaben und Effekten, denen laufende Verbindlichkeiten nicht gegenüberstehen. Bei Debitoren haben 67 551 A. 689 000 A. aus, Barverbindlichkeiten sind mit 6000 A. (6000) bewertet und dürfen, wie der Bericht bemerkt, den voraussichtlichen Bruttoertrag bedecken.

Die Unternehmung gegen den Stahlbau. Die neue Eingabe der amerikanischen Regierung beim Bundesbezirksgericht in Washington in dem gegen den Stahlbau schwebenden Prozeß erregt großes Aufsehen. In der Eingabe wird behauptet, der Präsident des

Stahlbau, Farrell, habe von dem Versehen geschwinderer Seele unter der Führung der American Steel and Wire Co. gemacht und sei gefördert. Beweise dieser Art seien in Gefahr zu werden, da es noch Beamte des Stahlbaus und der Untergeschichten gebe, die noch nicht geschwinderer Handlungen angeklagt seien, deren keine dieser, wie aus Antwort gemeldet wird, überführen könnten.

Telegraphische Handelsberichte.

London, 8. Febr. Die Bank von England ermäßigte den Diskont auf 3/4 Prozent.

Von der Reichsbank.

Berlin, 8. Febr. Es wird noch einmal bestätigt, daß die Reichsbank trotz der Diskontermäßigung der Bank von England vorläufig keine Veranlassung hat, diesen zu folgen.

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft.

Berlin, 8. Febr. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung in Rheidt beschloß einstimmig die Verschmelzung des Elektrizitätswerkes und der angegliederten Ueberlandzentrale mit den dortigen Gasversorgungsanlagen der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft. Zu diesem Zwecke gründen die Stadt Rheidt und die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft eine Aktiengesellschaft mit der Firma Niederrheinische Licht- und Kraftwerke Aktiengesellschaft. Das Kapital der neuen Gesellschaft wird voraussichtlich auf 10 000 000 M. bemessen.

Schwellenverbindung in Berlin.

Berlin, 8. Febr. Unter außerordentlich reger Beteiligung fand bei dem Kgl. Eisenbahngenerallamt in Berlin die erste diesjährige Schwellenabnahme statt. Es waren etwa 600 000 Stück Lieferne, eichene und buchene Bahnschwellen, sowie größere Mengen von Weichenschwellen angefordert. Die Preise waren nur bei den Losen Donzig und Schulz etwas höher als die der letzten Verbindung. Im Allgemeinen entsprachen sie dem Ergebnis der Dezemberverbindung.

Große Berliner Straßenbahn.

Berlin, 8. Febr. Die Große Berliner Straßenbahn beförderte im Jahre 1911 447 Millionen Personen gegen 427 Millionen im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen betragen 43 484 055 M. gegen 41 463 295 M. im Vorjahre. Der Betriebskoeffizient beträgt 54,99 gegen 55,88 Prozent. Der Reingewinn beläuft sich auf M. 11 038 384 und die Gesamtabschreibungen einschließlich verschiedener Rücklagen auf M. 5 419 058 gegen M. 5 630 600. Die Abgaben an die Stadtgemeinde Berlin u. a. betragen M. 2 267 906 gegen M. 2 786 429. Der vertragmäßige Berliner Anteil an dem Reingewinn beträgt M. 1 379 214 gegen M. 1 120 602 im Vorjahre.

Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat.

Berlin, 8. Febr. Herr Kommerzienrat Verbe, Direktor des Schlesischen Bankvereins, ist aus dem Aufsichtsrat des zum Fürstentum gehörigen Kallwerks Friedrichshall A.-G. in Schwerte, in dem er Vorsitzender ist, ausgeschieden.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56, 1637, 6436 8. Februar 1912. Provisionsfrei!

Table with columns: Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt, Ver- Käufer, Käufer %, Käufer %. Lists various companies and their financial data.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Fritz Goldschmidt; für Druck und Verteilung: Julius Witte; für Verkauf, Provisoren und Geschäftsleitung: Richard Schönlender; für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Lischer; für den Interzonten- und Geschäftsbesorgung: Fritz Joss; Druck und Verlag der Dr. Goss'schen Buchdruckerei, G. m. b. H. Direktor: Ernst Müller.

Advertisement for 'Auf den Mark' featuring an image of a woman and text describing the product's benefits for health and vitality.

Zwangs-Versteigerung. Freitag, den 9. Februar 1912, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlot Q 6, 2 hier, gegen hiesige Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern: 1 Rähmaschine, sowie Möbel verschiedener Art und Sonstiges Mannheim, den 8. Februar 1912. Armbruster, Gerichtsvollzieher.

